75. Jahrgang. Nr. 405

Sonnabend, 29. August 1931

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 90 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.46 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# Vertagung der Abrüstungskonferenz

## Henderson tritt doch vom Vorsitz zurück

**Genf**, 28. August. Wie von unterrichteter Seite verlautet, erwartet man hier in den nächsten Tagen ein Schreiben Hendersons, worin dieser aus Anlaß der jüngsten politischen Entwicklung in England sein Amt als Präsident der Abrüstungskonferenz wieder dem Völkerbundsrat zur Verfügung stellen wird. Der Völkerbundsrat wird sich infolgedessen auf seiner bevorstehenden Tagung mit der Frage des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz noch einmal zu beschäftigen haben, wobei die Frage offen ist, ob Henderson, der seinerzeit in persönlicher Eigenschaft und nicht als Vertreter der britischen Regierung zum Vorsitzenden ernannt wurde, vom Rat wieder bestätigt wird. Jedenfalls wird die Frage durch den angekündigten Schritt Hendersons jetzt geklärt werden. In maßgebenden Kreisen des Völkerbundssekretariats hält man Henderson nach wie vor für die weitaus geeignetste Persönlichkeit für die Leitung dieser Konferenz. Es ist aber kein Geheimnis, daß von bestimmter Seite eine sehr

**starke Aktivität, zum Teil auf diplomatischem Wege, entfaltet wird, um an Stelle Hendersons einen anderen Präsidenten für die Abrüstungskonferenz zu bekommen.**

Sollten sich diese Tendenzen durchsetzen, so ist noch nicht zu übersehen, welche weitgehenden Konsequenzen sich hieraus namentlich für die Abhaltung der Abrüstungskonferenz selbst ergeben. Seit Tagen erhält sich hier das Gerücht von einer Verschiebung der Konferenz, die bekanntlich auf den 2. Februar nächsten Jahres angesetzt ist, und es läßt sich nicht leugnen, daß der Gedanke einer kurzfristigen Verschiebung von zwei bis drei Monaten in dem internationalen Gedankenaustausch neuerdings Fortschritte gemacht zu haben scheint. Wie man hört, würde selbst Kreisen der französischen Linken eine

**Verschiebung bis nach den französischen Wahlen im Mai nächsten Jahres**

nicht ungelegen sein, und auf englischer Seite beobachtet man jetzt den auffallend häufigen Hinweis, daß die im Januar und Februar vorauszusehende innenpolitische Lage in England die Abhaltung der Konferenz im Februar erschweren würde. In Genf steht man demgegenüber in maßgebenden Kreisen des Völkerbundssekretariats auf dem Standpunkt, daß die angeführten Hinweise eine Verschiebung der Konferenz nicht rechtfertigen. Man fürchtet hier offenbar, daß auch eine kurzfristige Vertagung bei den Völkern den letzten Rest des Vertrauens in den Abrüstungswillen der hochgerüsteten Regierungen vollends zerstören könnte.

### Washington gegen eine Verschiebung

**Washington**, 28. August. In hiesigen Regierungskreisen werden die aus Europa kommenden Meldungen, daß mit einem Aufschub des Datums der Genfer Abrüstungskonferenz gerechnet werden müsse, mit einem Gefühl starker Enttäuschung aufgenommen. Unterstaatssekretär Castle erklärte, daß man in Washington eine Verschiebung der Konferenz ganz außerordentlich bedauern würde. Gerade im jetzigen Augenblick, da die wirtschaftliche Lage in allen Ländern zu möglichst großen Einschränkungen der Ausgaben zwinge, müsse eine Verringerung der Rüstungsausgaben mit allen Kräften erstrebt werden. Amerika hoffe daher immer noch, daß das ursprüngliche Datum eingehalten würde.

## An der Wegkreuzung

Die Lösung der englischen Regierungskrise hat auf die deutsche Reichsregierung anscheinend wenig Eindruck gemacht. Brüning hat auf der Stuttgarter Tagung seiner Partei erklärt, er denke nicht an eine Erweiterung seines Kabinetts nach rechts oder links. Die schmale Regierungsbasis, die von dem Wohlwollen der Sozialdemokratie abhängt, soll also auch die Grundlage für die Aufgaben eines sehr schweren Winters bilden. Brünings Maßnahmen werden also weiter unter dem Zwang stehen, den die Sozialdemokratie auf das Reich ausübt. In England hat sich der sozialistische Führer Macdonald von den Gewerkschaften sofort befreit, als er zu fühlen begann, daß ihre Forderungen auf neue wirtschaftszerstörende Steuern England das Schicksal Australiens oder Deutschlands bereiten mußten. Aber er ist nicht den Weg der diktatorischen Ausschaltung der Opposition und des Paktierens mit seiner eigenen Gewerkschaftsopposition gegangen, sondern er hat ohne Parteirücksichten mit der bürgerlichen Opposition die Macht geteilt. In Deutschland dagegen erklärt die Regierung, sie lasse sich die Unterstützung von rechts wohl gefallen, aber sie müsse bedingungslos und ohne Ansprüche erfolgen. An den gegenwärtigen Machtverhältnissen dürfe nichts geändert werden. In England stellt der Ministerpräsident keine Bedingungen, er macht sich selbst von seinen bisherigen Bedingungen frei und behandelt seine Opposition nicht als einen Gegner, mit dem man ringen müsse, sondern als einen gleichberechtigten Partner, mit dem zusammen man die Not der Zeit überwinden werde. Brüning und seine Anhänger werden dem entgegnen, die deutsche Rechte sei zu radikal. Aber man überlege sich doch einmal, daß die planmäßige Ausschaltung von der Verantwortung nicht geeignet ist, der Regierung eine wohlwollende Behandlung durch die Opposition zu sichern, zumal das Kabinett Brüning immer wieder der Linken direkte und indirekte Liebesdienste erweist, für deren Herrschaft in Preußen Brüning alles getan hat, was er tun konnte, von seiner Erklärung gegen den Volksentscheid bis zum Erlaß der Pressenotverordnung, die bis jetzt nur Herrn Braun in Preußen von Nutzen war.

Auch jetzt haben wir wieder eine klare Zurückweisung der unter der Flagge der Reichsreform segelnden Ansprüche Brauns und Severings, die durch ein Hintertürchen ins Kabinett eintreten möchten, in den letzten Reden des Reichskanzlers sehr vermißt. Dagegen hat der Erlaß der Notverordnung zur Sanierung der Länderetats wiederum einem heimlichen Wunsch der Länder mit Linksregierungen entsprochen. Dort sucht man nämlich emsig nach Möglichkeiten, Neuwahlen der überalterten Länderparlamente zu umgehen. Das gilt in erster Linie für Hessen und Preußen. In beiden Ländern herrscht die Weimarer Koalition unter sozialistischer Führung. Natürlich ist die Mehrheit beider Koalitionen schon lange zerronnen. Aber um so zäher hängen die schwarzroten Parteien an der Macht. Ueber die Stimmung in Preußen hat der Volksentscheid mit 10 Millionen offenen Gegnern des Systems hinreichenden Aufschluß gegeben. Ueber die wahren Machtverhältnisse in Hessen müßten wir binnen kurzem unterrichtet werden. Spätestens am 8. November 1931 sollte der neue Landtag gewählt werden. Ja, er hätte bereits vor einem Jahre gewählt werden müssen. Aber damals fuhr den Mehrheitsparteien das Wahlergebnis vom 14. September so sehr in die Knochen, daß man durch Mehrheitsbeschluß die Wahlperiode von drei auf vier Jahre verlängerte. Was aber soll man jetzt tun? Die Legislaturperiode auf fünf Jahre erhöhen? Aber schließlich kann man den Landtag nicht bis ins Endlose verlängern. So fuhr denn der sozialistische Staatspressechef Dr. Mierendorf nach Berlin zu dem mächtigen preußischen Ministerpräsidenten Braun, um diesen für den schleunigen Erlaß einer Notverordnung zu gewinnen, die auch den Länderregierungen diktatorische Vollmachten verleiht. Angesichts der vorjährigen Parteimanöver der hessischen Koalition ist nun nicht von der Hand zu weisen, daß die Landtagswahlen unter Benutzung der Notverordnung abermals verschoben werden. Zwar sehen wir nicht, auf welche Bestimmung der Ländernotverordnung die hessische Regierung sich beziehen könnte. Aber wir haben es ja schon häufig genug erlebt, daß sich aus Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen manches herauslesen läßt. Der Goethereim aus den „Zahmen Xenien": „Im Auslegen seid frisch und munter! Legt ihr's nicht aus, so legt was unter", war freilich nicht als Experimentiergrundlage für die Ländernotverordnungen gedacht. Sollte die hessische Regierung tatsächlich die Landtagswahlen zu verhindern beabsichtigen, so müßte vom Reich unverzüglich erklärt werden, daß Notverordnungen des Reichspräsidenten nicht dazu da sind, die Verfassungsgarantien in den Ländern in Frage zu stellen. Hier Klarheit zu schaffen ist um so notwendiger, weil das kleine Hessen natürlich den Präzedenzfall für die Verhinderung der preußischen Wahlen im Frühjahr des nächsten Jahres geben könnte. Davon aber hängt die Frage ab, ob die Reichspolitik dem sozialistischen Einfluß entzogen werden kann. Somit sind die Vorgänge in dem

# Die Entschlüsse der englischen Parteien

### Henderson Führer der Labour-Party

**London, 28. August. Der frühere Staatssekretär des Aeußeren, Henderson, ist heute als Nachfolger Macdonalds zum Führer der Labour-Party gewählt worden. In der Besprechung wurde in einer Resolution festgelegt, daß die Labour-Party sich als Oppositionspartei offiziell konstituiert.**

Mit Ausnahme von Macdonald, Snowden und Thomas waren alle früheren Minister des sozialistischen Kabinetts anwesend. Zur allgemeinen Ueberraschung nahm auch der sozialistische Lordkanzler Lord Sankey an der Versammlung teil.

Auf der Konservativen-Versammlung, die unter dem Vorsitz von Lord Hailsham tagte, hielt

**Baldwin eine große Rede.**

Er erklärte, daß die Konservativen, sobald die Nationalregierung sich ihrer Aufgabe entledigt habe, ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen und ihren Wahlkampf mit der Forderung auf Einführung eines Zolltarifs sowie mit einer antisozialistischen Parole durchfechten würden, als Abwehr gegen den durch Hendersons Haltung verstärkten Klassenhaß. Auf die Krise übergehend, sagte Baldwin, daß am vergangenen Montag Sein oder Nichtsein eine Frage von Stunden gewesen sei.

**Die größte Schwierigkeit habe für ihn darin bestanden, weder dem Unterhaus noch dem Volke alles das sagen zu können, was nur die Eingeweihten gewußt hätten, und zwar aus Furcht, dadurch die mit ungeheurer Schnelligkeit heranstürmende Krise noch zu vergrößern.**

Obwohl er von altersher ein Gegner jeder Koalition gewesen sei, habe für ihn keine andere Wahl bestanden, als an der Nationalregierung teilzunehmen. — Im Anschluß an Baldwin wies Lord Hailsham kurz auf die Notwendigkeit hin, alle Maßnahmen der Regierung, auch wenn sie noch so wenig volkstümlich seien, mit allen Kräften zu unterstützen, da die Folgen einer Niederlage der Nationalregierung nicht abzusehen seien. — Die Haltung der Parteileitung wurde von der Versammlung einstimmig gebilligt.

### Außenminister Lord Reading

als Vorsitzender der Liberalen-Versammlung stellte zunächst fest, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung sowie die bisherige Handlungsweise der Liberalen-Vertreter ausdrücklich von Lloyd George gebilligt würden. Lord Reading betonte dann, daß die liberale Partei niemals die Hand zu einer Politik geben würde, die die armen Bevölkerungsschichten aussage und die Reichen verschone.

**Die geplante 10prozentige Kürzung der Erwerbslosenbezüge rechtfertigte der Außenminister mit dem Sinken des Lebensstandards seit Einführung der Versicherung um 36 v. H.**

Nachdem er zum Schluß in eindringlichen Worten auf die Folgen eines Zusammenbruches des Sterling-Kurses hingewiesen hatte, wurde auch hier eine Entschließung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, in der die Haltung der Parteivertreter gebilligt wird. Durch diese Entschließung ist jedoch die Haltung der Partei gegenüber den von der Regierung im Parlament einzubringenden Vorlagen in keiner Weise gebunden.

### Beamtengehaltskürzung in England

**London**, 28. August. Die Nationalregierung hat als erste Sparmaßnahme einen Gehaltsabbau bei 300 000 Beamten ab 1. September beschlossen. Die Kürzung schwankt je nach der Gehaltsklasse zwischen ein und fünf Schilling je Woche und soll dem Schatzamt eine jährliche Ersparnis von 16 Millionen Reichsmark bringen. Sie wird begründet mit dem seit der letzten Gehaltsregelung stattgefundenen Sinken des Lebensunterhalts. Das Kabinett ist mit diesem Abbau über die Empfehlungen des königlichen Sparausschusses hinausgegangen.

## Der englische Kredit in Paris abgeschlossen

**Paris, 28. August. Gegen 20 Uhr veröffentlicht das französische Finanzministerium folgende Verlautbarung: „Am Freitagnachmittag ist zwischen den Vertretern der Bank von Frankreich sowie den Vertretern des britischen Schatzamtes und der Bank von England ein Abkommen abgeschlossen worden. Auf Grund dieses Vertrages wird der britischen Regierung ein Kredit von 5 Milliarden Franken (825 Millionen Mark) bewilligt. Der Zinsfuß ist auf 4,5 v. H. festgesetzt. — Ein entsprechendes Abkommen über 200 Millionen Dollar (etwa 840 Millionen Mark) zum gleichen Zinsfuß ist in Neuyork zum Abschluß gelangt."**

*

**Neuyork**, 28. August. Das amerikanische Bankhaus Pierpont Morgan & Co. gab folgende Erklärung ab: Wir haben zusammen mit einer Gruppe amerikanischer Banken und Bankhäuser vereinbart, der englischen Regierung einen einjährigen Kredit von 200 Millionen Dollar zu gewähren. Wir sind von den englischen Behörden unterrichtet worden, daß sie auf dem französischen Markt einjährige Kredite und Anleihen in Gesamthöhe von etwa 200 Millionen Dollar aufnehmen.

## Noch immer Straßenkämpfe in Lissabon

**Paris**, 28. Aug. Einer Havasmeldung zufolge haben aus Portugal in Spanien eintreffende Reisende berichtet, daß der Kampf in den Straßen von Lissabon unverändert fortdauere und daß die revolutionären Truppen mehrere wichtige strategische Punkte besetzt halten. Präsident Carmona soll sich genötigt gesehen haben, die Reservisten der Jahrgänge 1928, 1929 und 1930 einzuberufen, um die Lücken der Regierungstruppen zu füllen.

**Vertrauensvotum des ungarischen Abgeordnetenhauses für Karolyi.** Das Abgeordnetenhaus sprach nach zweistündiger eingehender Aussprache über das Regierungsprogramm dem Ministerpräsidenten Karolyi mit großer Mehrheit das Vertrauen aus.